

Dr. Volker Külow

Referat auf der 6. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig am 24. Oktober 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

vier Wochen nach der Bundestagswahl ordnet sich langsam die neue politische Landschaft, wird insbesondere immer klarer, was schwarz-gelb wirklich im Schilde führt. Begonnen hatten die Koalitionsverhandlungen noch mit etwas Sozialkosmetik. Die Verdreifachung des Schonvermögens von ALG-II-Empfängern wird der großen Masse der Hartz-IV-Betroffenen mangels Vermögens nämlich nicht helfen. Offenbar will die FDP den krisenbedingt vom finanziellen Absturz bedrohten Mittelschichten die Sorge vor der Altersarmut abmildern. Wir hingegen bleiben dabei: kosmetische Operationen an den Hartz-IV-Knebelgesetzen nützen nichts; das Machwerk gehört komplett abgeschafft. Wenige Tage später ließ dann die Tigerentenkoalition nicht nur bei der Pflegeversicherung die ersten Katzen aus dem Sack. Vorgestern wurde bekannt, dass höhere Gebühren für Müll und Abwasser drohen, weil kommunale Unternehmen künftig genauso besteuert werden sollen wie private Anbieter. Und seit gestern wissen wir nicht nur, wie das neue Kabinett aussieht, sondern das auch im Gesundheitswesen das ohnehin schon arg ausgehöhlt Solidarprinzip bei der Finanzierung spätestens 2011 endgültig aufgegeben wird. Der Koalitionsvertrag wirft einen langen Schatten in die Zukunft. Der soziale Kahlschlag kommt vielleicht zunächst nicht ganz in dem Ausmaß, wie zum Teil befürchtet. Der Wolf behält seinen Schafspelz teilweise noch an. Die schwarz-gelbe Koalition ist nicht lebensmüde und geht großen sozialen Konflikten vor den Landtagswahlen in NRW am 9. Mai 2010 derzeit noch aus dem Weg, wobei das handwerkliche Unvermögen - Stichwort „Schattenhaushalt“ - schon sehr auffällt. Viele wirtschaftsliberale Wunschträume scheitern schlichtweg an der Realität. Wachstumsflaute und Schuldenbremse lassen einfach kaum Raum für Steuergeschenke. Dazu kommt die derzeit spürbare Angst vor zornigen Gewerkschaften und wandernden Wählern, die Arbeitsrecht, Mitbestimmung und Sozialleistungen noch schützen. Das kann im Sommer des nächsten Jahres schon ganz anders aussehen.

Der 2003 begonnene Ab- und Umbau des Sozialstaates dürfte sich künftig verschärfen, der neoliberale Irrweg wird weiter ausgetrampelt. Die zentralen Richtungsentscheidungen wurden bereits unter Schröder und der ersten Merkelregierung getroffen; jetzt geht es der Nachfolgeregierung darum, den eingeschlagenen Irrweg konsequent weiter zu beschreiten. Auf dem Arbeitsmarkt werden Mini-, Midi- und Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse wie Pilze aus dem Boden sprießen.

Hungerlöhne breiten sich weiter aus. Krisenbedingte Steuerausfälle leeren die Kassen des Bundes, der Länder und vor allem der Kommunen. Die Städte und Gemeinden beißen noch aus weiteren Gründen die Hunde - Stichwort Kosten der Unterkunft. Auf ihrer letzten Sitzung beschloss die rot-schwarze Bundesregierung am 7. Oktober einfach die Senkung der entsprechenden Zuschüsse; für den Leipziger Stadthaushalt bedeutet das eine geschätzte Mehrbelastung von ca. 3,6 Mio. EURO. Da es sich dabei um Pflichtaufgaben handelt, muss an anderer Stelle schmerzhaft gekürzt werden. Es ist sehr zu begrüßen, dass unsere Stadtratsfraktion sofort reagiert hat und am Donnerstag einen Antrag beschlossen hat, sich für eine Korrektur dieser verheerenden Entscheidung einzusetzen.

Die große Gefahr liegt derzeit augenscheinlich noch nicht in der wuchtigen schwarz-gelben Abrissbirne; sie liegt vielmehr in einer fortgesetzten schleichenden Zersetzung der Grundlagen des Sozialstaates. Für die Betroffenen und die dagegen ankämpfenden politischen Kräfte ist dies dennoch keine günstige Ausgangslage. Gegen das Nichtstun und das Drehen kleiner Schraubchen lässt sich nur sehr schwer mobilisieren. Hier hilft aber die alte Fussballerweisheit: Angriff ist die beste Verteidigung. Schließlich ist der Kaiser bzw. die Kanzlerin nackt. Die neue Regierung hat keinerlei Antworten auf die Jahrhundertkrise. Das Modell einer hoch wettbewerbsfähigen Exportindustrie einerseits und eines billigen Dienstleistungssektors sowie eines künstlich arm gemachten Staates andererseits hat keine Zukunft. Mit ihrem 10-Punkte-Sofortprogramm, beschlossen auf der Fraktionsklausur in Rheinsberg vor 14 Tagen, hat die Bundestagsfraktion, den angemessenen Startschuss für den Angriff von links auf schwarz-gelb gegeben. In großer Einmütigkeit hat sich übrigens die nunmehr 76-köpfige Bundestagsfraktion bei der Erarbeitung des Sofortprogramms gezeigt und auf diese erste politische Initiative sehr schnell geeinigt. Damit wurde unter Beweis gestellt, dass ungeachtet einzelner unterschiedlicher politischer Standpunkte die Verständigung auf Schwerpunkte und gemeinsames Agieren möglich ist.

In der SPD sind nach der verheerenden Wahniederlage zwar ein paar Köpfe gerollt, aber noch hat kein ernsthafter Klärungsprozess begonnen, ist vor allem noch keine politische Strategie auszumachen. Der designierte Parteichef Gabriel legte zumindest so viel Realismus an den Tag, dass er seine Partei in einem „katastrophalen Zustand“ sieht. Das wird auch bestätigt durch das unterschiedliche Agieren in Brandenburg und Thüringen, wo Matschie augenscheinlich niemals ernsthaft an eine Koalition mit der LINKEN gedacht hatte. Die Grünen wiederum scheinen auf dem Weg ins konservative Lager, wie das Saarland zeigt, wo sich unsere Voraussage bestätigte, dass sich schwarz ärgern werde, wer Grün wählt. Jamaika ist für sie offenkundig flächendeckend eine reizvolle Alternative zu rot-rot-grün; auch von

den sächsischen Grünen sind solche Töne - vorerst leise noch - zu hören. Damit bestätigt sich politisch die soziodemografische Erkenntnis, dass eben nicht nur die FDP, sondern auch die Grünen zu Recht als die Parteien der so genannten „Besserverdienenden“ bezeichnet werden. Bleibt im Augenblick nur Brandenburg als rot-roter Hoffnungsschimmer. Der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit 8.000 Beschäftigten, Mindestlöhne im Vergabegesetz, keine Gebühren für das Erststudium, Verbesserungen beim Kita-Personalschlüssel und Akzente auf dem Weg zu einer armutsfesten Grundsicherung sind erste Felder, wo bislang in den Verhandlungen gemeinsame Standpunkte erreicht wurden. Hoffen wir, dass am Ende eine stabile rot-rote Koalition steht, in der DIE LINKE deutlich erkennbar bleibt, denn beim Thema Braunkohle machen wir dort derzeit offenkundig eine schwer vermittelbare Kehrtwende. Noch immer gilt die alte Regel: Glaubwürdigkeit ist für DIE LINKE ihr wichtigstes Kapital. „Werdet ja nicht so wie die anderen“ wurde sicher nicht nur mir immer wieder im Wahlkampf gesagt. Diese von ganz vielen Menschen empfundene Tatsache, dass wir anders sind, als die anderen Parteien, ist der wichtigste Unterpfand unseres Erfolgs. Bewahren wir ihn gut auf. Auch in der Programmdebatte, zu der ich jetzt einige Sätze sagen möchte. Mit den „Programmatischen Eckpunkten“ hat DIE LINKE bekanntlich ein Programm, das 2007 immerhin per Urabstimmung beschlossen wurde. Nunmehr muss es darum gehen, nach der Bundestagswahl die seit längerem geführte Programmdebatten mit dem Ziel fortzusetzen, das inhaltliche Profil der Partei und ihren Platz im veränderten Parteiensystem deutlicher und präziser zu bestimmen. Das ist die Aufgabe der Programmdiskussion. Wir brauchen eine identitätsstiftende und aktivierende Diskussion für die Mitgliedschaft. Und wir brauchen eine offene und transparente Debatte. Ziel ist es - da ist sich der Parteivorstand einig - im ersten Halbjahr 2011 ein neues Parteiprogramm zu verabschieden. Dieses Programm soll einen längeren Zeithorizont von vielleicht 15 oder 20 Jahren umfassen. In diesem Programm wird der demokratische Sozialismus ein zentraler Begriff sein. Es muss und es wird sich dabei um ein modernes und zeitgemäßes Verständnis von Sozialismus handeln, und es werden viele Fragen weiter zu diskutieren sein, die in einer pluralistischen Partei sicher auch teilweise sehr kontrovers behandelt werden.

Damit möchte ich zum ersten Schwerpunkt des Referates, der Auswertung der Wahlen 2009, überleiten. Gestattet dazu einige Vorbemerkungen: es war bislang in unserem Stadtverband üblich, zu allen Wahlen zumeist in Form einer Durchblick-Broschüre spezielle Analysen vorzulegen. Das ist in diesem Jahr auf Grund der durchgängigen Belastungen im Wahlkampf leider noch nicht gelungen - ein schmerzliches Defizit. Als kleinen Ersatz bzw. Trost haben Sören und ich Euch für den heutigen Tag ein Zahlenmaterial zusammengestellt, das auch

inhaltliche Einschätzungen enthält. Wir werden allerdings nicht umhin kommen, noch eine detaillierte Gesamtanalyse zu erstellen, die sämtliche Wahlen einbezieht. Dabei müssen wir eine kritische Sicht auf unsere Stärken und Schwächen versuchen und vor allem Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit unseres Stadtverbandes ableiten. Die folgenden Ausführungen verstehen sich daher als ein erster Versuch, einen Beitrag zur ausstehenden Gesamtanalyse zu leisten. Dabei können die Probleme nur thesenhaft skizziert werden. Manches soll bewusst zur Debatte anregen und wird daher polemisch zugespitzt. Ich bitte auch um Nachsicht, dass ich aus Zeit- und Platzgründen die spezielle Rolle der Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen im Wahljahr 2009 sowie die bundespolitischen Aspekten insbesondere der Bundestagswahl nicht ausführlich beleuchte. Vielleicht nur so viel: DIE LINKE hat wirklich ein historisches Wahlergebnis errungen. Erstmals seit 1932 gibt es im gesamten Deutschland links von der SPD eine Partei, die zweistellig ist. Mit diesem Wahlergebnis haben wir die einmalige Chance, uns als gesamtdeutsche Partei langfristig zu verankern und ein Fünf-Parteien-System unwiderruflich zu etablieren. Während wir im Osten zweifellos die linke Volkspartei mit gefestigten Wählermilieus sind, verfügen wir trotz des tollen Erfolgs im Westen - immerhin haben uns dort am 27. September in absoluten Zahlen schon mehr Menschen gewählt als in den neuen Bundesländern - dort noch lange nicht über diese strukturelle Anbindung. Die Landtagswahlen in NRW im nächsten Jahr und das Abschneiden der LINKEN wird für diesen Prozess von großer Bedeutung sein. Immerhin würden wir dann in das 13. Landesparlament einziehen. Ein großes Hoffnungssignal dafür ist das Bundestagswahlergebnis im bevölkerungsreichsten Bundesland gewiss: erstmals wurde der bisherige Spitzenreiter Sachsen bei den absoluten Stimmen überholt und eine Landesgruppe aus 11 Mitgliedern konnte in der Bundestagsfraktion von den NRW-Abgeordneten gebildet werden; zum Vergleich: die sächsische hat 8.

Und noch eine Vorbemerkung: da wir heute auf keiner wissenschaftlichen Konferenz sind, bitte ich auch um Nachsicht, dass ich in die Wahlauswertung kein demoskopisches Basiswissen, z.B. die Zusammenhänge von Parteienpräferenz mit soziodemografischen Daten wie Haushaltseinkommen, Arbeitslosigkeit, Geschlecht und Bildungsstand einfließen lasse. Unstrittig ist beispielsweise auch, dass die beiden großen Volksparteien seit Jahrzehnten an Bindungskraft verlieren. Während bei der Bundestagswahl 1976 CDU/CSU und SPD noch 91,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigten, sind es 33 Jahre später nicht einmal mehr 60 Prozent. Die Schwächung der Stammwählerbindung und die steigende Wechselbereitschaft der Wählerinnen und Wähler hat mit diversen Modernisierungsentwicklungen zu tun, bei

denen u.a. 1. der Einfluss klassischer Großmilieus wie Kirche, Arbeiterbewegung usw. schleichend zurückgeht und

2. der Organisationsgrad der Parteien rapide nachlässt. Auch hier zumindest zwei Zahlen: seit der Wende hat die SPD 40 und die CDU 30 Prozent ihrer Mitgliedschaft verloren. In Folge dieser Entwicklung, die natürlich kein Naturgesetz ist, werden die so genannten kleinen Parteien immer größer. Und noch eine objektive Entwicklung gibt es, die allerdings auch uns das Leben schwer macht – wir spüren sie alle im Alltag. Es ist demoskopisch nachgewiesen, dass das Interesse an Informationen und damit auch an Politik in der Gesellschaft seit Jahren rückläufig ist. Allein in den letzten drei Jahren hat sich der Anteil der Bevölkerung, der großen Wert auf gründliche Informationen legt, um Hintergründe und Zusammenhänge besser zu verstehen, von 52 auf 44 Prozent verringert. Tageszeitungen werden eben nicht nur aus ökonomischen Gründen abbestellt.

Damit zunächst zur Ausgangssituation und den Besonderheiten des Wahljahres 2009.

Letztmalig hatten wir 1994 ein derartiges Superwahljahr. Die damaligen Bedingungen sind allerdings mit den heutigen kaum vergleichbar. Vor 15 Jahren war die PDS auch in Leipzig politisch noch stark isoliert, hatte aber mehr als doppelt so viele Mitglieder wie heute, weshalb vieles im Wahlkampf aus eigenen Kräften realisiert werden konnte. Innerparteiliche Auseinandersetzungen spielten seinerzeit eine größere Rolle als heute. Dabei verlor die Leipziger PDS ihren damaligen Vorsitzenden und auch der verbliebene Stadtvorstand war weit davon entfernt, die notwendige Führungsfunktion im Wahlkampf zu übernehmen. Das war in diesem Jahr anders. Wir hatten einen handlungsfähigen Vorstand und einen aktionsfähigen Wahlstab. Deshalb war es auch durchaus berechtigt, zumindest bei den EU- und Kommunalwahlen stärkste Partei in Leipzig werden und bei den Landtagswahlen 25 Prozent plus X und zwei Direktmandate erreichen zu wollen; bei den Bundestagswahlen hatten wir zumindest mit einem Direktmandat geliebäugelt. Kritisch müssen wir daher heute fragen, weshalb wir keines dieser gewiss ehrgeizigen Ziele erreicht haben. Von den Bundestagswahlen abgesehen hat die Leipziger LINKE bei allen drei anderen Wahlen Einbußen zu verzeichnen. Diese sind bei weitem nicht so dramatisch wie in Sachsen. Mehr noch: Die Leipziger LINKE hat als durchgängig zweitstärkste politische Kraft in unserer Stadt sogar wesentlich dazu beigetragen, dass die Resultate der LINKEN in Sachsen noch einigermaßen erträglich ausfielen. Dennoch darf uns dieser kleine Trost nicht die kritische Sicht auf das eigene Tun verstellen.

Natürlich kann man die vier Wahlen nicht über einen Kamm scheren, der Charakter jeder Wahl ist verschieden und wird von der jeweiligen politischen, ökonomischen Ausgangslage

bestimmt. Ich versuche trotzdem, zunächst einige übergreifende Aspekte herauszuarbeiten. Zunächst muss man feststellen, dass die CDU trotz partieller Rückgänge durchgängig alle Wahlen vor uns als jeweils Zweitplatzierte gewonnen hat, während die SPD im Gegenzug zum Teil verheerende Rückgänge verzeichnen musste. Durchgängige Gewinner aller Wahlen waren auf der anderen Seite auch FDP und Grüne. Dafür gibt es ein ganzes Bündel von Ursachen, zumindest acht möchte ich auflisten:

1. Seitens unserer Gegner, insbesondere der CDU, wurde kaum ein inhaltlicher Wahlkampf geführt; es war mehr ein Schattenboxen mit theatralischen Gesten jenseits von den sich zuspitzenden ökonomischen und sozialen Konflikten. Stattdessen wurde auf Personen gesetzt und diese massenhaft plakatiert. Uns ist es, von der Endphase im Bundestagswahlkampf abgesehen, kaum gelungen, mit eigenen inhaltlichen Angeboten zu punkten. Dabei kam den konservativen Parteien zugute, dass ein großer Teil der Wählerschaft, wie inzwischen wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, gar nicht an Auseinandersetzungen zwischen den Parteien interessiert und auch nicht bereit ist, sich ernsthaft mit den verschiedenen politischen Angeboten zu befassen.

2. Den konservativen Parteien ist es gelungen, zumindest bis zur Bundestagswahl die schlimmsten Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht auf die Menschen abzuwälzen. Vielmehr wurde erfolgreich der Eindruck erweckt, dass allein CDU und FDP in der Lage seien, die Krise zu überwinden. Erst in der Endphase des Wahlkampfes drang die LINKE mehr mit ihren Befürchtungen vom alsbaldigen kräftigen Sozialabbau bei Teilen der Wählerschaft durch, was dann auch zum guten Gesamtergebnis bei der Bundestagswahl geführt haben dürfte.

3. Waren die Wahlen 2004 und auch noch 2005 von den gewaltigen Protestaktionen gegen Hartz IV, die für uns wesentlich zum guten Ergebnis bei allen Wahlen beigetragen haben, beeinflusst, so fehlte in diesem Jahr dieser Massenwiderstand völlig. Daraus erklärt sich beispielsweise, dass Menschen, die uns damals aus Protest gegen Sozialabbau gewählt haben, in diesem Jahr ins Lager der Nichtwähler abgewandert sind. Hinzu kommt, dass DIE LINKE zwar nach wie vor ihren Widerstand gegen Hartz IV, insbesondere in den Parlamenten aufrecht erhält, aber eigentlich keine echte Alternative, die wirkliche Wirtschaftskompetenz voraussetzen würde, anbieten kann. Allein unsere Losung „Hartz IV muss weg!“ reicht nicht. Die Menschen wollen zu Recht wissen, was aus unserer Sicht nach Hartz IV kommt.

4. Erstmals konnte DIE LINKE bei Wahlen in Leipzig auf eine feste personelle Verankerung in der Verwaltungsspitze der Stadt zurückgreifen. Es stellt sich aber die Frage, ob wir diese Möglichkeiten im Wahlkampf auch voll genutzt haben und ob es die Kommunikationsstränge immer funktionierten. So hat die durch die Medien beförderte Verantwortungszuweisung für die Einrichtung einer Umweltzone an unseren Bürgermeister beileibe nicht nur zu Irritationen bei der Wählerschaft geführt, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Stimmen gekostet, ohne dass sich dies detailliert nachweisen ließe. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Heiko Rosenthal hat sich in allen vier Wahlkämpfen bis an den Rand seiner persönlichen und rechtlichen Möglichkeiten engagiert, ja geradezu aufgeopfert. Dafür möchte ich ihm an dieser Stelle ganz herzlich danken.

5. Die parteiinternen Auseinandersetzungen der LINKEN speziell vor der EU-Wahl (Stichwort Sylvia Yvonne Kaufmann) und auf der Landesebene (Stichwort Kandidatur Rico Gebhardt um den Fraktionsvorsitz wenige Tage nach der Landtagswahl) haben uns auch in Leipzig mit Sicherheit geschadet. Eine Partei, die sich öffentlich streitet und das z. T. noch während des Wahlkampfes, ist für viele Menschen nicht wählbar. Das zeigen die verheerenden Wahlergebnisse, die DIE LINKE in Dresden einfuhr. Und dafür ist nun wahrlich nicht der Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen verantwortlich.

6. Die Voraussetzungen unserer Kandidaten waren sehr unterschiedlich, insbesondere hinsichtlich ihres Bekanntheitsgrades und ihrer fachlichen und politischen Erfahrungen. Insbesondere bei den Stadtratswahlen mögen die Verluste auch darauf zurückzuführen sein, dass gestandene und bekannte Personen wie Lothar Tippach und Dietmar Pellmann nicht wieder antraten und auch nicht ohne weiteres zu ersetzen sind. Dennoch war ein erster Generationswechsel notwendig, den wir auch erfolgreich vollzogen haben. Immerhin haben wir nur ganz knapp das Klassenziel „stärkste Partei“ verfehlt und verfügen nunmehr wie die CDU über 17 Stadtratsmitglieder.

7. Durchgängig ist zu verzeichnen, dass ähnlich wie bei der CDU unser Stimmenanteil tendenziell mit dem Lebensalter zunimmt. Wie bei der früheren PDS erzielen wir die größte Zustimmung bei der Gruppe der über 60-Jährigen. Das ist nicht ungefährlich, verleitet mitunter aber den ein oder anderen zu inhaltlichen Schnellschüssen: so sehr die größere Einbeziehung junger Menschen richtig und wichtig ist: die von einigen eingeforderte permanente Jugendoffensive ist keineswegs der Königsweg, um unsere Defizite bei den

jüngeren Wählerschichten zu lösen, zumal man diesbezüglich die Realitäten im Leipziger Stadtverband tunnelblickartig zu verkennen scheint. Wir hatten beispielsweise mit unseren 20 Spitzenkandidatinnen und -kandidaten bei den Kommunalwahlen das geringste Durchschnittsalter gegenüber allen anderen Mitbewerbern: mit Mandy Gehrt, Skadi Jennicke, Juliane Nagel, Marco Götze und Sören Pellmann sind dann immerhin auch fünf junge Leute in den Stadtrat neu eingezogen.

8. Mit der Bildung der LINKEN aus WASG und PDS ist es nicht nur im Westen, sondern auch im Osten zu einem grundlegenden Wandel der Wählerschaft gekommen. Bei den Arbeitslosen und den Arbeitern haben wir enorm zugelegt. Auch bei den Hochgebildeten war der Wähleranteil überdurchschnittlich gegenüber der Gesamtgesellschaft. Aus Sicht des Parteienforschers Franz Walter stellt sich die Wählerstruktur der LINKEN geradezu hervorragend dar. Daher prognostizierte er schon 2007 zutreffend: „Für eine linkssozialistische Partei ist diese Kombination von Bildungseliten und Unterschichten eine nachgerade idealtypische Ausgangskonstellation. Und nimmt man allein die demoskopischen Befunde seit der Bundestagswahl 2005, scheint unzweifelhaft weiterhin die Sonne auf die Wahlbeete im Garten (der LINKEN).“

Mit dieser poetischen Feststellung aus der sonst eher nüchternen Sprache der Wahlforschung möchte ich zu einigen ausgewählten Schlaglichtern aus dem Wahlkampf kommen. Der von uns geführte Wahlkampf war alles in allem nicht nur anstrengend, sondern auch intensiv. Besonders anzuerkennen ist, dass bis zum letzten Tag durchgehalten wurde, obwohl das wahrlich nicht selbstverständlich gewesen ist. Daher möchte ich auch an dieser Stelle allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern herzlich danken und zugleich allen in den Stadtrat und die Ortschaftsräte sowie in den Sächsischen Landtag und den Deutschen Bundestag Gewählten gratulieren und viel Erfolg in ihrer parlamentarischen Arbeit wünschen. Und es ist sicher hier auch der richtige Ort, ohne jemandem der Nichtgenannten zu nahe zu treten, einige Genossinnen und Genossen namentlich zu erwähnen: beispielsweise Siggie Mai und Peter Pippel, gewissermaßen unsere Plakatekönige. Unbedingt zu nennen ist auch Axel Grundmann, der großzügig zuließ, dass wir seine Werkstatt ein halbes Jahr lang in ein Plakatierungszentrum verwandelten. Sören Pellmann und Carola Lange als Wahlkampfleiter bzw. Stellvertreterin leisteten ebenfalls hervorragende Arbeit. Und last but not least danke ich von ganzem Herzen der AG Senioren, die insgesamt 227 Arbeitseinsätze mit einem Umfang von mehr als 1.000 Stunden leistete. Ich freue mich schon, am 28. November im wieder eröffneten Ringcafe den 200 im Wahlkampf aktivsten Genossinnen und Genossen im Rahmen

einer fröhlichen Abendveranstaltung auf eine ganz besondere Art unseren Dank abstaten zu können.

Gestattet im Folgenden einige kritische Anmerkungen zu unserer Wahlkampfführung:

1. Unser Potential in den verschiedenen Ortsteilen ist sehr differenziert. Das ist keine neue Erkenntnis, spielte aber in allen Wahlkämpfen eine große Rolle. Das machte sich besonders deshalb bemerkbar, weil wir bei der Plakatierung und Materialverteilung aus finanziellen Gründen kaum auf Firmen zurückgreifen konnten. Dort, wo wir bereits Stadtbezirksverbände haben, wirkte sich das auch positiv auf den Wahlkampf und die Bündelung der Kräfte aus.
2. Viel mehr als in der Vergangenheit ruhte der Wahlkampf auf einzelnen Schultern. Das lag mit daran, dass es in einer Reihe von Wahlkreisen nicht gelang, einen eigenen Wahlstab zu bilden und möglichst viele Mitstreiter zu gewinnen. Ein Grund dafür dürfte sein, wie fest die jeweiligen Kandidaten in ihrem Wahlkreis mit der Parteibasis verankert sind. Hinzu kommt die oft nicht umgesetzte Erfahrung: Kandidaten sollten zwar auf Hilfe der Wahlstäbe zurückgreifen, müssen aber selbst an der Spitze des Wahlkampfes stehen!
3. Natürlich ist es legitim, wenn Kandidaten für sich werben. Aber genau das wurde zuweilen übertrieben. Entscheidend für die Stärke einer Partei bei Bundes- und Landtagswahlen ist die Zweitstimme. Ein Direktmandat ist bestenfalls von symbolischem Wert und sein Gewinn ist nur möglich, wenn die Partei im jeweiligen Wahlkreis überdurchschnittlich fest verankert ist und auch in Nichtwahlzeiten mit Aktivitäten in der Öffentlichkeit auftritt. Trotz dieser Einschränkung ist es bedauerlich, dass wir bei den Landtagswahlen nur ein Direktmandat verteidigen konnten. Und auch das war angesichts der politischen Gesamtkonstellation in Grünau keineswegs selbstverständlich, wenngleich man DIE LINKE inzwischen als die Grünau-Partei bezeichnen kann; immerhin gibt es von den anderen Parteien keinen Stadtrat und keinen Landtagabgeordneten mehr, der dort wohnt.
Eine ganz wichtige Lehre aus den Wahlergebnissen in Grünau besagt auch, dass man durch Wahlkampf nur noch bedingt punkten kann. **Wahlkampf ist vor allem Erntezeit für das, was man in den Jahren zuvor gesät hat.**
4. Wir müssen erneut überlegen, welche Wahlkampfformen sich bewährt haben, welche neuen hinzu gekommen sind und worauf wir vielleicht künftig eher verzichten sollten. Natürlich wird es in Zukunft auch Infostände geben müssen, aber beispielsweise dürfte die Präsentation über das Internet an Bedeutung gewinnen. Oft wird

eingewandt, dass sich Bürgerforen überlebt hätten. Sie werden aber bekanntlich öffentlich angekündigt und sind zumindest ein inhaltliches Angebot. Auch die oft zu hörende Ansicht, man solle doch auf Plakate verzichten, kann nachweislich nicht gelten. Wir haben aber sehr wohl zu prüfen, welche Plakate wir hängen. Das, was uns seitens des Landesvorstandes geboten wurde, war allerdings oft wenig überzeugend. Der Landesvorstand sollte ernsthaft prüfen, bei künftigen Wahlkämpfen die Werbeagentur zu wechseln.

5. Die Materialbasis für Infostände war dürftig. Auch das muss sich der Landesvorstand ankreiden lassen. Teilweise konnte der Mangel durch eigene Materialien, besonders bei der Stadtratswahl, kompensiert werden. Aber das kann künftig keine Lösung sein.
6. Gepunktet haben wir überall dort, wo wir konkret auf die jeweiligen Ortsteile eingegangen sind. Mit einer Materialkampagne zur Armutsbekämpfung kann man zwar vielleicht in Grünau punkten, aber in den ebenfalls zum Wahlkreis gehörenden Ortsteilen, wo die Arbeitslosenquote unter 5 Prozent liegt, schon nicht mehr.

Wenn es nicht zu Regierungskrisen und Koalitionsbrüchen kommt, dann haben wir bis 2013 einen längeren Zeitraum ohne Wahlen und Wahlkämpfen vor uns. Diese Zeit gilt es intensiv zu nutzen. Wie bereits angedeutet, müssen wir dafür eine gründliche Analyse der Wahlen und ihrer Ergebnisse vorlegen. Dies wäre bis Ende des Jahres zu leisten, so dass wir auf dieser Basis auf dem nächsten Stadtparteitag weitergehende Schlussfolgerungen und eine Art Perspektivprogramm - ich nehme mangels Phantasie mal den vielleicht etwas abgenutzt klingenden Arbeitsnamen Kompass 2012 - diskutieren können.

Und damit möchte ich zum zweiten Hauptfeld meiner Ausführungen, zu den nächsten Aufgaben des Stadtverbandes, überleiten. Natürlich muss unsere besondere Aufmerksamkeit neben der parteiinternen Modernisierung, auf die ich gleich noch ausführlich zu sprechen komme, weiterhin auf der Kommunalpolitik liegen. Die neue Stadtratsfraktion muss nach der Konstituierung des nun endgültig neu gewählten Stadtrates am 11. November rasch arbeits- und handlungsfähig werden, weil auf sie gewaltige Herausforderungen zukommen. Das betrifft nicht nur die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat, sondern vielmehr unsere Antworten auf die zu erwartende katastrophale Haushaltslage und die daraus abgeleiteten Kämpfe um soziale Standards. Natürlich sollte unsere Kommunalpolitik zugleich auch schon strategische Konstellationen im Auge haben, die erst in einigen Jahren aktuell werden, wo aber schon jetzt erste Weichen gestellt werden: ich denke an die anstehende Wiederwahl

unseres Bürgermeisters und an die Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2013. Was dabei von der hiesigen SPD künftig zu erwarten ist, ist noch unklar. Nach der Lektüre des bizarren Interviews des SPD-Stadtvorsitzenden gestern in der LVZ vermutlich nicht viel Gutes. Ganz im antikommunistischen Geiste seiner inzwischen abgewirtschafteten Ziehväter Weißgerber, Fornahl und Tiefensee verortet Herr Borriss die Leipziger Sozialdemokratie in einer imaginären gesellschaftlichen Mitte und erhebt den Anspruch, das Original zu sein, dass DIE LINKE angeblich kopiert. Liest man sich die verquaste Selbstbeschreibung der SPD als Mischung aus individueller Entfaltung und gerechtem Miteinander durch, kann man nur sagen: recht hat er. Für ein solches pseudophilosophisches Gewürge kann er gern die Urheberrechte behalten. Herr Borriss bestätigt mit diesem Interview aber ungewollt unseren Anspruch, dass in Leipzig DIE LINKE das Original im Kampf für soziale Gerechtigkeit ist. Wir allein sind zugleich **die linke Volks- und alternative Gestaltungspartei und damit die soziale Hauptkraft** in unserer Stadt. Der Wahlkampfslogan „Original sozial“ muss daher auch in Zukunft das Leitmotiv unseres Handelns sein! Und nur wir werden ihn glaubwürdig vertreten. Diese politische Dachmarke darf man natürlich nicht nur deklarieren, sondern sie muss auch programmatisch untersetzt werden. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass es derzeit einen von der AG Soziale Politik vorgelegten Entwurf von sozialpolitischen Leitlinien gibt, der demnächst gemeinsam mit dem Stadtvorstand diskutiert und dann dem Stadtverband zum Beschluss vorgelegt werden soll.

Gestattet mir an dieser Stelle noch einige Bemerkungen zu den schwierigen Rahmenbedingungen unseres künftigen kommunalpolitischen Agierens, die wir als gesamter Stadtverband im Auge behalten sollten, um damit auch unser Verständnis für das künftige Handeln der Stadtratsfraktion zu sensibilisieren. Leipzig befindet sich im Herbst 2009 in einem gefährlichen Schwebezustand. Während von offizieller Seite aus dem Rathaus versucht wird, allein durch den Bezug auf den Wendeh Herbst 89 überregionale mediale Aufmerksamkeit zu erheischen, fehlt trotz permanenter Anmahnungen von unserer Seite ein Konzept - besser noch ein klares Leitbild -, wohin sich unsere Stadt in den kommenden 20 Jahren im Wettbewerb mit anderen deutschen und europäischen Städten entwickeln will. Andere Städte arbeiten in der derzeitigen Wirtschaftskrise daran Potenziale zu bündeln, um pünktlich vom erhofften konjunkturellen Aufschwung zu profitieren, während Leipzig sich mit dem dauernden Blick zurück selbst genügt. Bei der Erarbeitung eines solchen Leitbildes muss daran erinnert werden, dass die Transfers aus dem Solidarpakt zurückgehen, der 2019 endgültig ausläuft. Die auch von uns begrüßte Zunahme der Einwohnerzahl Leipzigs nutzt

OBM Jung als Bestätigung von der Verheißung der „wachsenden Stadt“. Dabei wird allerdings zweierlei übersehen: Gelingt es nicht, den Zuzug durch eine wachsende Zahl von möglichst anspruchsvollen Arbeitsplätzen zu flankieren, kann sich der Achtungserfolg schnell in sein Gegenteil verkehren. Leipzig wächst derzeit durch sein Versprechen der Prosperität; mehr als ein Versprechen ist es allerdings nicht. Hinzu kommt, dass ein Großteil des Bevölkerungswachstums durch Zuzug aus dem Umland getragen wird. Es kann jedoch nicht im Interesse der Großstadt liegen, dass ihr Umland langsam ausblutet.

Wirtschaftlich wurde Leipzig 2009 innerhalb weniger Wochen an mehreren Stellen empfindlich getroffen und zwar unabhängig vom Verlauf der Wirtschaftskrise: PC-Ware gehört jetzt mehrheitlich einem österreichischen Eigentümer, der das einzige größere Leipziger Hochtechnologie-Unternehmen entsprechend seiner Strategie ausschlachtet. Quelle Leipzig als gefeierte erste Großinvestition nach der deutschen Einheit - oder gar „Leuchtturm“ in der verblendeten Diktion der Sachsen-CDU - verschwindet als Unternehmen komplett aus dem Handelsregister. Die chronische Schwäche der Leipziger Wirtschaft lässt eine Kompensation der verloren gehenden Arbeitsplätze nicht zu. Wegen der Fremdsteuerung der Leipziger Wirtschaft aus weit entfernten Konzernzentralen sollten alle Anstrengungen der Wirtschaftsförderung nun in zwei Richtungen laufen: 1. Stärkung der Messe, der letzten verbliebenen eigenen „Marke“, wobei nach den drei aufeinander folgenden Pleiten mit fremdelnden Geschäftsführern aus dem Westen nun wirklich kein vierter Versuch in dieser vergeblichen Richtung unternommen werden sollte und 2. die Vernetzung kleiner Betriebe, um diese Gemeinschaften passfähig für eine Kooperation mit der universitären und außeruniversitären Leipziger Forschung zu machen.

Ich habe das Wirtschaftsthema etwas ausführlicher behandelt, weil sonst bestimmte soziodemografische Entwicklungen in Leipzig, auf die ich jetzt im Einzelnen nicht eingehen kann, von uns nicht genügend eingebettet werden. Die Stadtgesellschaft driftet zunehmend auseinander und damit auch die einzelnen Ortsteile; auf der einen Seite wächst die Zahl der sozial Benachteiligten bzw. verfestigen sich bestimmte strukturelle Defizite, z.B. beginnt nunmehr die zweite Generation von Sozialhilfebiografien heranzuwachsen. Auf der anderen Seite sammeln sich in bestimmten Ortsteilen die Globalisierungsgewinner mit einem entsprechenden Wahlverhalten – Stichwort Grüne und Piratenpartei. Die Veränderungen **in** und **zwischen** den sozio-kulturellen Milieus einer modernen Großstadt wie Leipzig beschleunigen sich augenscheinlich und wir müssen uns darauf besser als bisher einstellen, d.h. sie künftig intelligenter mit den ihnen jeweils zugemessenen Codes und Zeichen ansprechen.

Wenn wir weiterhin den Anspruch erheben, bei den verschiedenen Wahlen stärkste Partei zu werden - und ich bin der festen Überzeugung, dass wir das als derzeit zweitstärkste politische Kraft unbedingt tun sollten - müssen wir unsere Arbeit in den nächsten Jahren systematisch mit einem strategischen Hauptziel modernisieren: die Verankerung unserer Partei in der Leipziger Stadtgesellschaft, d.h. konkret die Verankerung unserer Mitglieder in der Alltagswelt, signifikant zu verstärken.

Zum Glück zwingt uns nicht wie 2002 eine strategische Wahlniederlage zum Handeln. Aber bei drei von vier Wahlen in diesem Jahr haben wir unsere selbst gesetzten Ziele - die gewiss ehrgeizig, aber nicht weltfremd waren - nicht erreicht. Insofern muss jetzt m.E. bei der Fortsetzung des Partieneubildungsprozesses an das Erbe der Partiereform der Jahre 2002ff. angeknüpft werden. Die theoretischen Grundlagen der Partiereform sind untrennbar mit dem Namen des leider viel zu früh verstorbenen Michael Chrapa verknüpft, mit dem unser Stadtverband eng zusammengearbeitet hat. Umfangreich beschäftigte sich Chrapa bekanntlich nicht nur mit den Ursachen, Erscheinungen und Konsequenzen abnehmender Wähler-Parteienbindung, zunehmender Parteienskepsis und der zunehmenden Labilität und Dynamik im Wahlverhalten großer Bevölkerungsgruppen. Ebenso intensiv ging er an die parteiinternen Probleme der damaligen PDS heran: wie Ihr Euch vielleicht erinnern könnt, standen Problemfelder am Ausgangspunkt der Analyse, die uns heute keineswegs fremd sind, wengleich der Leidensdruck heute nicht so groß erscheint. Stichwortartig will ich einige nennen: Erosion von Basisstrukturen nicht nur auf Grund von Überalterung, Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Betreuung neuer Mitglieder, Verlust an Aktionsfähigkeit und politischer Handlungsfähigkeit, Führungsdefizite auf nahezu allen Leitungsebenen usw. All diese und weitere Probleme bereiten uns auch noch heute viel Kopfzerbrechen. Mit unserem Aktionsprogramm 2007/2008 und dem Kompass 2009 hatten wir uns in Leipzig bereits vor fast drei Jahren intensiver damit beschäftigt und erst zunehmende theoretische Grundlagen in Papierform erarbeitet. Auch daran wird sich gewiss mancher von Euch erinnern. Vieles davon blieb aber leider Stückwerk bzw. wurde gar nicht erst angepackt; erst kam der Partieneubildungsprozess und dann das Superwahljahr. Jetzt haben wir 2-3 Jahre Zeit, an dieses wertvolle Erbe anzuknüpfen und uns mit erhöhter Aufmerksamkeit der Modernisierung unserer Arbeit zu widmen. Zu drei ausgewählten Bereichen, der Mitgliedergewinnung, der Personalentwicklung und der Kommunikation, möchte ich ein paar kurze Überlegungen anstellen und erste Vorschläge bzw. Anregungen geben.

1. Zur Mitgliedergewinnung und -bindung: Für die langfristige Fortexistenz unserer Partei ist es unerlässlich, neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei müssen wir aber neue Formen der Einbeziehung entwickeln, weil die Vergangenheit gezeigt hat, dass manches neue Mitglied, dessen Einbindung nicht gelang, uns wieder verließ. Mit bisher 66 Neumitgliedern in 2009 - darunter 25 Mitglieder unter 25 Jahren – halten wir einen fulminanten Schatz in unseren Händen, der u.a. bedeutet, dass wir in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 erstmal seit fast 20 Jahren eine stabile Mitgliederentwicklung, die derzeit 1.670 Genossinnen und Genossen umfasst, konstatieren können. Diese Neumitglieder haben fast alle von selbst den Weg zu uns gefunden haben. Dies lässt erahnen, welche Möglichkeiten erst eine gezielte Werbung um Mitglieder eröffnen würde. Aber neue Mitglieder brauchen auch eine Partei, die das Angebot zu einem sinnvollen und erfüllenden Engagement bietet. Hier müssen wir wesentlich besser werden. Viele Problemlagen und die Wahlkämpfe haben auch Energien von dieser wichtigen Aufgabe abgelenkt. Nunmehr müssen wir sie in den Fokus nehmen. Ich bin sehr froh, dass sich Genossen Johannes Hanf bereit erklärt hat, sich dieser strategischen Aufgabe künftig ganz gezielt zuzuwenden.

2. Eine wichtige Herausforderung der nächsten Jahre, die untrennbar mit der Mitgliedergewinnung und –bindung zusammenhängt, ist die Weiterentwicklung unserer personellen Ressourcen. Jeder und jedem Aktiven ist gerade im Wahlkampf deutlich geworden, dass wir gar nicht so wenige engagierte jüngere und junge Genossinnen und Genossen in unseren Reihen haben, aber andererseits ist zu konstatieren, dass deren Zahl auf lange Sicht bei weitem nicht hinreicht um eine ausreichende personelle Erneuerung zu gewährleisten. Schon sehr frühzeitig hatten wir im Hinblick auf die Wahlen versucht, systematisch und mit einem Konzept der Personalentwicklungsgruppe an die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten heranzugehen. In diesem Konzept ist aber auch die Personalentwicklung innerhalb der Partei als wichtige Zukunftsaufgabe erkannt worden. Auch für die Gremien der Partei, insbesondere in den Stadtbezirks- und Ortsverbänden, brauchen wir in Zukunft neues bzw. zusätzliches Personal. Nicht jede Struktur kann bei derzeitiger Entwicklung ihre Arbeit uneingeschränkt fortsetzen. Hier gilt es neu nachzudenken. Wir brauchen daher ein umfassendes Personalentwicklungsprogramm für die nächsten Jahre. Es geht um die Vorbereitung geeigneter Genossinnen und Genossen für Wahlfunktionen aller Art. Dabei geht es neben dem weiteren Generationswechsel im Stadtrat auch um die Vorbereitung von potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten für die nächsten Landtags- und Bundestagswahlen.

3. Die noch stärkere Eroberung des öffentlichen Raumes **durch** und **für** linke Politik hielt Chrapa neben der Verbesserung des internen Kommunikationssystems für zwingend notwendig. Ich möchte dafür ein Vorhaben benennen, das zwar noch in den Kinderschuhen steckt, aber für viel Furore sorgen dürfte, wenn wir die Kraft aufbringen, es umzusetzen. Ihr alle kennt unser rotes Wahlkampfmobile, ein Unikum, Baujahr 1976, das nicht nur von den Medien viel positive Aufmerksamkeit während der Wahlkämpfe erhielt und von Jürgen Goßrau, der übrigens kein Parteimitglied ist, über mehrere tausend Kilometer sicher gefahren und zwischendurch liebevoll betreut wurde. Diesen „Brotkasten“, wie wir ihn scherzhaft nennen, wollen wir ab Frühjahr 2010 zu einem rollenden Bürgermobil umfunktionieren. Diese linke Politik auf Rädern wird dann pro Abgeordnetenbüro einmal monatlich unterwegs sein und damit in den weißen Flecken der Wahlkreise Präsenz zeigen. Damit wollen wir zu den Bürgern gehen, die nicht zu uns kommen können, weil ihnen der Weg ins Abgeordnetenbüro zu weit entfernt oder zu beschwerlich ist. Dazu gehört dann aber - damit sich dieser Aufwand auch lohnt - eine exzellente Organisation der rollenden Bürgersprechstunden mit einer guten Pressearbeit, der rechtzeitigen Verteilung von Flyern in den entsprechenden Ortschaften und einer schlagkräftigen Mannschaft im rollenden Bürgerbüro. Wir müssen gerade auch zwischen den Wahlen an den Bürgern und ihren Sorgen dran bleiben - wenn es sein muss eben auch auf Rädern.

Damit wir unsere öffentliche Ausstrahlung weiter verbessern, wollen wir zukünftig auch die Abgeordnetenbüros effektiver nutzen. Dazu werden wir die Büros besser vernetzen und die Zusammenarbeit der Mitarbeiter in den Büros stärken. Gedacht ist dabei an gemeinsame Veranstaltungen, die verstärkte Einbindung von Nicht-Parteiorganisationen in die Arbeit und die Veranstaltungen der Abgeordnetenbüros, sowie die Benennung der Jugendarbeit als Schwerpunktaufgabe aller Abgeordnetenbüros. Und die Büros sollen vermehrt Anlaufstelle für alle Bürger im Wahlkreis werden. Dazu wird unter anderem auch eine unabhängige Sozialberatung in den Büros installiert und regelmäßige Bürgersprechstunden durchgeführt. Die Abgeordnetenbüros sollen so zu einem lebendigen Mittelpunkt im Wahlkreis werden, Anlaufpunkt für Bürger und Knotenpunkt politischer Arbeit gleichzeitig, und damit anerkanntes Kompetenzzentrum im Stadtbezirk. Doch kann dies nicht von den Abgeordneten und ihren Mitarbeitern alleine geleistet werden; alle Genossen sind aufgerufen, sich an der Arbeit in „ihrem Abgeordnetenbüro“ zu beteiligen.

Unbestritten bleibt für die Erhöhung unserer Ausstrahlung auch die bessere Nutzung unserer eigenen Medien. Wer in seinem Briefkasten regelmäßig linke Periodika und Zeitungen

bekommt, der weiß aus vielen Veröffentlichungen, dass beispielsweise die Tageszeitung „Neues Deutschland“ ihr Blatt nicht dreht und wendet aber doch umstrukturiert, denn die finanzielle Lage ist ernst. Da ist also schon mal nachzufragen wie es „LEIPZIGS NEUE“ geht. Der linken Monatszeitung aus Leipzig, die beispielsweise auch in Hamburg, Bremen, Bayern, der Schweiz und natürlich in Berlin gelesen wird. Obwohl keine ausgewiesene Parteizeitung schlägt das Herz des herausgebenden Vereins und des jetzigen Chefredakteurs Michael Zock links und - das ist nicht ganz unwichtig - vor allem derzeit so kräftig, dass keine existenzbedrohlichen Stolperer zu befürchten sind, wie vor anderthalb Jahren, als die Zeitung fast vor dem „Aus“ stand. Ihr erinnert Euch! Man strukturierte um - auf monatlich 24 Seiten - senkte die Miet- und die Druckkosten trotz Farbdruck erheblich. So konnte manches Abo das - pardon - auch mal wegstirbt ausgeglichen und neue Leser und Spender gewonnen werden. Ja, auch das sind die Mühen der Zeitungsebenen.

In den kommenden Jahren, ja, so weit reicht die Perspektive - denn in vier Jahren begeht Leipzigs Neue auch mal ein 20jähriges Jubiläum - sollte nicht nur bei der Links-Partei der eine oder andere Abonnent gewonnen werden, auch außerhalb unserer Partei gilt es interessierte Leser zu finden und die Zeitung auf unterschiedlichste Art bekannt zu machen. LEIPZIGS NEUE hat, das ist unbestritten, ihr Gesicht im letzten Jahr geändert, viele Recherchen verbessert, ist auch mit ihrer Themenvielfalt aus Politik, Kultur und Geschichte noch lesbarer geworden. Akribische Nachforschungen des Chefredakteurs setzte beispielsweise die Wiederentdeckung der „Leipziger Postulate“ voraus, die kürzlich von einem Bremer Schreibtisch in die Redaktion flatterten und jetzt im Jubiläums-Oktober noch mal im wahrsten Sinne des Wortes dokumentieren, warum so viele vor 20 Jahren auf die Straße gegangen sind. Das ist ein Verdienst für Geschichtsfakten ohne Schaum vor dem Maul und Verfälschungen im Mund. Keiner wollte diese Postulate nachdrucken, stattdessen lieber zum xten Mal das Genscher-Zitat aus Prag.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: LEIPZIGS NEUE wird in den kommenden Jahren nicht umhinkommen, und das ist der Redaktion klar, im Zeitalter des Internets genau die Lücken und Milieus zu finden, für die das world-wide-web nicht das Alleinseligmachende ist, aber den Internet-Auftritt für die Zeitung trotzdem weiter auszubauen. Unser Stadtverband unterstützt deshalb weiterhin dieses einmalige Zeitungsprojekt und sagt an dieser Stelle auch Dank für das Geleistete. Michael Zock sitzt im Saal. Wer Anregungen hat oder auch ein ABO möchte. Er ist ihm in der Pause - wie ich weiß - sehr willkommen.

Zu den Hausaufgaben, die uns Micha Chrapa ins Stammbuch schrieb, zählt auch der intensivere Kontakt der Partei mit außerparlamentarischen Bewegungen. Hier gelang uns

neben dem siegreichen Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der Stadtwerke im Januar 2008 mit dem Kampf um das Sozialticket in diesem Jahr sicher ein weiteres bündnispolitisches Meisterstück, mit dem wir im Wahlkampf viel punkten konnten. Über 13.000 Nutzer des Sozialtickets gibt es inzwischen, wie vor wenigen Tagen in einer gemeinsamen Presserklärung der Stadt Leipzig mit der LVB anlässlich der „ersten hundert Tage Sozialticket“ stolz verkündet wurde. Diese Zahl markiert einen weiteren Meilenstein in der Erfolgsgeschichte dieses Vorhabens. Kaum eine andere politische Kampagne in Leipzig - abgesehen vom genannten Bürgerentscheid zu den Stadtwerken Anfang 2008 - hat in letzter Zeit eine derart breite Zustimmung bei den Leipzigerinnen und Leipzigern gefunden wie das Sozialticket. Nicht nur in vielen Gesprächen an den Infoständen im Wahlkampf war zu hören, dass wir mit dem Sozialticket ein Grundbedürfnis vieler Menschen in dieser Stadt aufgenommen hatten und wir uns damit deutlich und sichtbar für die Bürger wieder einmal mehr als **die soziale Kraft** in der Stadt gezeigt haben. Und es war dabei heraus zu hören, dass die Menschen schon realisiert haben, dass das Sozialticket vor allem der Initiative der Linken zu verdanken ist, auch wenn zur Umsetzung dann die Mitwirkung anderer Fraktionen nötig war.

Das Sozialticket fiel uns bekanntlich nicht in den Schoß, drei Jahre hat die Bürgerinitiative - immer wieder angetrieben von den beiden Genossinnen Petra Weißfuß und Pia Witte - engagiert dafür kämpfen müssen bevor das erste Ticket über die Ladentheke bei der LVB gehen konnte. Ein Kampf, von dem wir viel lernen können für die zukünftige politische Arbeit. Letztendlich war Beharrlichkeit und das kluge Zusammenspiel einer außerparlamentarischen Bürgerinitiative mit den Fraktionen im Stadtparlament der Garant für den Erfolg. Daran gilt es anzuknüpfen, denn das Sozialticket ist ja nur für zwei Jahre beschlossen, danach soll geprüft werden ob das Sozialticket erfolgreich war und weitergeführt werden kann. Die LINKE wird in diesen zwei Jahren alles dafür tun, dass das Leipziger Sozialticket eine Erfolgsgeschichte bleibt. Damit es dann in zwei Jahren heißt: An der Weiterführung des Leipziger Sozialtickets führt kein Weg vorbei.

Nicht immer kommt kluge und erfolgreiche Bündnisarbeit übrigens so spektakulär und öffentlichkeitswirksam wie beim Bürgerentscheid oder beim Sozialticket daher. Manchmal wird sie eher im Verborgenen geleistet und hat trotzdem große Wirkung. Ich denke da beispielsweise an das Wirken von Richard Gauch, der in den letzten Jahren in diesem Bereich eine sehr umfangreiche und zugleich erfolgreiche Arbeit geleistet hat, wenn man an die diversen antifaschistischen Aktivitäten am 9. November und 27. Januar (Stichworte Stolpersteine und Aktion Koffer), an die Proteste gegen die militärische Nutzung des

Flughafens oder zuletzt an den Markt der Demokratie am 9. Oktober erinnert, der einen wohlthuenden Kontrapunkt gegen die offizielle Selbstbeweihräucherung setzte. Für dieses umfangreiche ehrenamtliche Engagement möchte ich Richard und seinen Mitstreitern an dieser Stelle im Namen des Stadtvorstandes ganz herzlich danken.

Liebe Genossinnen und Genossen,
gestattet mir trotz fortgeschrittener Redezeit am Schluss noch wenigstens zwei wichtige Aufgaben der nächsten Wochen, Monate und Jahre kurz zu benennen. Unbedingt zu vollenden ist der Strukturwandel in unserem Stadtverband. Wir brauchen endlich überall Stadtbezirksverbände. Nachdem wir für die ersten fünf Stadtbezirksverbände sechs lange Jahre gebraucht haben, sollten wir uns für die zweite Hälfte ein Zeitlimit von einem Jahr stellen. Ich schaue jetzt mal in die Runde und wünsche mir, dass sich die Delegierten von Mitte, Nordost, Ost, Südost und Altwest durch diesen Wunsch nicht bedrängt, sondern hoffentlich motiviert fühlen.

Als nächstes schaue ich dann über unsere Stadtgrenzen hinweg in den sächsischen Landesverband. Wir haben hier derzeit eine komplizierte Situation, ich hatte es schon angedeutet; als mitgliederstärkster Kreisverband kommt uns eine große Verantwortung für die Stabilisierung des Landesverbandes zu. Das schließt Mitgliedschaften in den entsprechenden Gremien, insbesondere im Landesvorstand, ein. Insofern sollte daher insbesondere Conny Falken für ihre Kandidatur als stellvertretende Landesvorsitzende auf dem bevorstehenden Landesparteitag am 7./8. November in Burgstädt unsere volle Unterstützung genießen. Und ich bin sehr froh, dass sich vor wenigen Tagen auch Heiko Rosenthal entschlossen hat, für den Landesvorstand zu kandidieren. Wir sollten Heiko, der übrigens vor wenigen Tagen 35 Jahr jung wurde, heute auf dem Parteitag signalisieren, dass er für seine Kandidatur das Vertrauen und Votum des gesamten Stadtverbandes besitzt.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich habe etwas länger gesprochen, als es der Zeitplan vorsah, dafür bitte ich Euch um Entschuldigung und danke schon jetzt für Eure großzügige Nachsicht. Trotz der Redezeitübertretung weiß ich, dass natürlich einige weiße Flecken geblieben sind und manches weitere Thema hätte angeschnitten werden können, ja müssen. Dazu zähle ich kommunalpolitische Dauerbrenner, die wir seit Jahren erfolgreich thematisieren wie der City Tunnel Leipzig oder der militärische Missbrauch des Flughafens Leipzig/Halle; auch zur politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fiel kein Wort oder der Notwendigkeit, stärker mit Migrantinnen und Migranten zusammenzuarbeiten. Natürlich

wären auch einige Sätze zum vielschichtigen Problemfeld Nichtwähler und ihre unterschiedlichen Motive spannend gewesen. Über all diese und noch andere Themen zu sprechen, ist jetzt aber genug Zeit und Gelegenheit für uns. Ich freue mich auf eine anregende Diskussion und danke ganz herzlich für Eure Geduld und Aufmerksamkeit.